



# IBERO-ANALYSEN

Dokumente, Berichte und Analysen  
aus dem Ibero-Amerikanischen Institut  
Preußischer Kulturbesitz  
Berlin

---

Heft 8

Februar 2001

---

## Peru nach Fujimori

Welche Chance hat die Demokratie?

**Nicolás Lynch Gamero**



This work is licensed under the Creative Commons Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland License. To view a copy of this license, visit <http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>.

The online version of this work can be found at:  
<[www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html](http://www.iai.spk-berlin.de/publikationen/ibero-analysen.html)>



---

Prof. Dr. Nicolás Lynch Gamero, Direktor der Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universidad Nacional de San Marcos, Peru. e-mail: [lynchn@amauta.rcp.net.pe](mailto:lynchn@amauta.rcp.net.pe)



Das Ibero-Amerikanische Institut (IAI) ist ein disziplinenübergreifend konzipiertes Zentrum der wissenschaftlichen Arbeit sowie des akademischen und kulturellen Austauschs mit Lateinamerika, Spanien und Portugal. Es beherbergt die größte europäische Spezialbibliothek für den ibero-amerikanischen Kulturraum, zugleich die drittgrößte auf diesen Bereich spezialisierte Bibliothek weltweit. Gleichzeitig erfüllt das IAI eine Funktion als Stätte der außeruniversitären wissenschaftlichen Forschung sowie als Forum des Dialogs zwischen Deutschland, Europa und Ibero-Amerika.

Die **IBERO-ANALYSEN** richten sich in erster Linie an Entscheidungsträger aus Politik, Kultur und Wirtschaft. Sie greifen themenorientierte und länderbezogene Fragestellungen auf und liefern aktualitätsbezogene, aber über den tagespolitischen Horizont hinausreichende Informationen zu Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur der Länder Ibero-Amerikas. Ausgewiesene Fachwissenschaftler bieten in den **IBERO-ANALYSEN** Orientierungswissen in allgemeinverständlicher Form, das den interkulturellen Dialog zwischen Deutschland und dem ibero-amerikanischen Kulturraum anregen und unterstützen soll.

Das Ibero-Amerikanische Institut bemüht sich, in seinen Publikationen vielfältige Meinungen zu Wort kommen zu lassen. Diese stellen jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des IAI dar. Die **IBERO-ANALYSEN** sind für den persönlichen Gebrauch bestimmt. Nachdruck nur nach vorheriger schriftlicher Zustimmung des IAI und mit vollständiger Quellenangabe. Die **IBERO-ANALYSEN** können auch über die Homepage des IAI im PDF-Format heruntergeladen werden: (<http://www.ibero-analysen.de>).

---

## Redaktion

Dr. Peter Birle  
Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz  
Referat Forschung und Projekte  
Potsdamer Straße 37  
10785 Berlin  
Telefon: 030 – 2662515  
Telefax: 030 – 2662503  
e-mail: [birle@iai.spk-berlin.de](mailto:birle@iai.spk-berlin.de)  
<http://www.iai.spk-berlin.de>

1. Auflage 2001

© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

ISBN 3-935656-02-5

# Peru nach Fujimori

## Welche Chance hat die Demokratie?

Nicolás Lynch Gamero

---

### Zusammenfassung:

- Peru durchläuft nach dem Abgang von Präsident Fujimori gegenwärtig eine Phase des Übergangs. Das autoritäre System hat sich verflüchtigt, ohne dass bereits ein neues demokratisches Projekt dessen Platz eingenommen hätte.
- Was den *Fujimorismo* als politisches Regime auszeichnete und seine Art und Weise der Machtausübung kennzeichnete, war die immer stärkere Kontrolle, die das Regime über die öffentliche Sphäre ausübte.
- Der *Fujimorismo* berief sich auf eine anti-politische Haltung, um sich vom Scheitern der demokratischen Politik der 80er Jahre zu distanzieren. Er pflegte einen Diskurs, der gut zur peruanischen Krise passte und gleichzeitig dem damaligen Zeitgeist entsprach.
- Ein großer Teil der Bevölkerung glaubte aufgrund der von der Regierung erzielten Ergebnisse zwischen 1990 und 1996 an die Anti-Politik und an diejenigen, die sie als effiziente Form des Regierens implementierten.
- Die Regimeopposition blieb lange Zeit schwach. Es existierten kaum Verbindungen zwischen den fragmentierten sozialen Bewegungen und den in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts entstandenen neuen politischen Bewegungen auf nationaler Ebene.
- Bei jeder Analyse von Zukunftsszenarien muss ein fortbestehendes Merkmal der peruanischen Politik berücksichtigt werden, das die langjährige Anti-Politik Fujimoris hinterlassen hat. Es existiert ein Bruch zwischen der organisierten Gesellschaft und jenen politischen Akteuren, die sich um deren Repräsentation bemühen. Dieser Bruch geht auf die Krise der Parteien Ende der 80er Jahre zurück. Die Anti-Politik der 90er Jahre hat die Gräben weiter vertieft.
- Nach wie vor bestehen große Schwierigkeiten im Hinblick auf die Herausbildung starker politischer Repräsentativkräfte, welche die Konstruktion eines demokratischen Regimes in den kommenden Jahren vorantreiben könnten.
- Peru sieht sich einer ungewissen politischen Zukunft gegenüber. Die Zivilgesellschaft hat sich noch nicht mit der politischen Gesellschaft versöhnt. Für viele Peruanerinnen und Peruaner ist die Politik nach wie vor ein Spektakel fernab ihres täglichen Lebens.

## I. Zur gegenwärtigen Situation in Peru

Peru durchläuft zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Phase des Übergangs. Dies geschieht aufgrund des Zusammenbruchs eines autoritären Regimes und scheint sich in Richtung Etablierung eines demokratischen Regimes zu entwickeln. Allerdings folgt diese Transition durch Zusammenbruch nicht dem Muster anderer ähnlicher Entwicklungen, wie sie sich infolge von militärischen Niederlagen zu ereignen pflegen.<sup>1</sup> Sie ist vielmehr die Folge der tiefgreifenden sozialen und politischen Erosion des „Systems Fujimori“ (*Fujimorismo*), zu der es nach der Aufdeckung der allgemeinen Korruption kam. Damit ist auch der Versuch gescheitert, eine Alternative zu jener politischen und sozialen Ordnung zu errichten, die in den drei Jahrzehnten vor 1990 dominierte und deren letzte Phase der Zusammenbruch des Parteiensystems in den Jahren 1990 bis 1992 war.<sup>2</sup>

Insofern haben wir es mit einer Abfolge von zwei Regimezusammenbrüchen zu tun, die das Ergebnis des Scheiterns von

Staatsbildungs- und Demokratieprojekten waren. Entsprechend groß sind die Schwierigkeiten und Probleme, mit denen sich die peruanische Politik gegenwärtig konfrontiert sieht.

In der Regel werden bei einer Transition durch Zusammenbruch keine Übereinkünfte mit den Machhabern der alten Ordnung getroffen. Da es sich im peruanischen Fall jedoch um einen Zusammenbruch infolge von Korruption und nicht aufgrund einer militärischen Niederlage handelt, ist sowohl in struktureller Hinsicht als auch mit Blick auf die Eliten des alten Regimes eine gewisse Kontinuität zu beobachten. Es wurde sogar eine rechtliche Kontinuität zu dem abgelösten Regime hergestellt, indem man die vom *Fujimorismo* im Jahr 1993 erlassene Verfassung akzeptierte und viele Amtsträger in ihren Funktionen beließ. Mehr noch, in dem Maße, wie die Untersuchungen über die Korruption voranschreiten, stellt sich heraus, dass nicht nur die wichtigsten Repräsentanten der alten Ordnung in Korruptionsfälle verwickelt zu sein scheinen, sondern auch verschiedene Politiker diverser Gruppierungen der ehemaligen Opposition. Dies lässt darauf schließen, dass das System Fujimori einen beträchtlichen Teil der Opposition in seine Regierungsdynamik eingeschlossen hatte. Daher gibt es eine Reihe von Bündnispartnern der gestürzten Diktatur, die nach wie vor über Verhandlungsmacht verfügen.

Da es sich im peruanischen Fall um einen Zusammenbruch infolge von Korruption und nicht aufgrund einer militärischen Niederlage handelt, ist sowohl in struktureller Hinsicht als auch mit Blick auf die Eliten des alten Regimes eine gewisse Kontinuität zu beobachten.

<sup>1</sup> Die Entwicklungen in Griechenland 1974 und in Argentinien 1982 sind gute Beispiele für eine derartige Transition.

<sup>2</sup> Aus den Reihen des in den 90er Jahren dominierenden Neoliberalismus hat man diese Regime als „populistisch“ bezeichnet, obwohl eine derartige Verallgemeinerung für das Peru der genannten Epoche zu einem schiefen Bild führt. Vielmehr handelte es sich um drei demokratische Regierungen und zwei Militärdiktaturen, die in unterschiedlichem Maße den ursprünglichen Wirtschaftsvorstellungen der CEPAL folgten und verschiedene Anstrengungen zur Forcierung der nationalen Entwicklung unternahmen.

Es besteht auch kein expliziter Pakt hinsichtlich des Übergangs. Das hängt mit der Art und Weise zusammen, wie das Regime stürzte, und nicht etwa damit, dass man mit dessen Erbe bereits aufgeräumt hätte. Viele Verbindungen zur unmittelbaren Vergangenheit bestehen fort und führen dazu, dass sich die einmalige Opposition schwer damit tut, ein politisches Projekt zu entwerfen, das eine klare Alternative zum früheren Autoritarismus bietet. So entsteht ein politisches Vakuum: Das autoritäre Projekt hat sich verflüchtigt, ohne dass bereits ein neues demokratisches Projekt dessen Platz eingenommen hätte.

Worauf ist dieses politische Vakuum in der gegenwärtigen Situation zurückzuführen? Meines Erachtens hängt es damit zusammen, dass wir es mit dem Scheitern unterschiedlicher politischer Projekte zu tun haben. Auf das Scheitern der Demokratie folgte der Misserfolg der Anti-Politik und der damit zusammenhängenden technokratischen und klientelistischen Mächtschaften. Weder dem einen noch dem anderen Projekt gelang eine politische Sinnstiftung, welche die Konstruktion einer zukünftigen demokratischen Ordnung erleichtert hätte.

Wir haben es also mit einem politischen Vakuum infolge von zwei gescheiterten Projekten und dem gleichzeitigen Fehlen klarer Alternativen zu tun. Angesichts dieser Umstände gibt es keinerlei Garantie dafür, dass es nicht erneut zu ähnlichen Zusammenbrüchen kommt. Bislang zeichnen sich weder Persönlich-

keiten noch Programme ab, die einen eindeutigen Weg zur Rekonstruktion der Demokratie weisen könnten. Zweifellos steht diese Möglichkeit jedoch offen. Wir können gegenwärtig nicht nur Lernprozesse beobachten, auch die Risiken des gewählten Übergangsmodus und des politischen Vakuums sind bekannt.

## II. Das System Fujimori

Etwas erscheint uns heute vielleicht sonderbar: Die Charakterisierung des Systems Fujimori als autoritäres Regime war bis zu dessen finaler Krise, vielleicht bis 1998, eine kontrovers diskutierte Frage. Zu dieser Kontroverse und der damit zusammenhängenden Konfusion hat vielleicht auch die Tatsache beigetragen, dass der Autoritarismus des Systems Fujimori von vielen Regimekritikern in sehr allgemeiner Form als „Diktatur“ bezeichnet wurde, ohne auf spezifische Merkmale zu achten, die den *Fujimorismo* von anderen lateinamerikanischen Diktaturen, beispielsweise von den traditionellen oligarchischen Diktaturen oder den bürokratisch-autoritären Regimen der 60er und 70er Jahre unterscheiden. Zu der Kontroverse ist es gekommen, weil es sich um einen eigentümlichen Typ von Autoritarismus handelte: Einen Autoritarismus, in dem juristische Formen und eine subtile Kontrolle der Medien eine zentrale Rolle spielten, um dem Regime einen demokratischen Anschein zu verleihen. Letztendlich handelte es sich aber um ein autoritäres Regime, das sich durch die Willkürherrschaft einer Machtclique und die

Wir haben es also mit einem politischen Vakuum infolge von zwei gescheiterten Projekten und dem gleichzeitigen Fehlen klarer Alternativen zu tun. Angesichts dieser Umstände gibt es keinerlei Garantie dafür, dass es nicht erneut zu ähnlichen Zusammenbrüchen kommt.

Was den *Fujimorismo* als politisches Regime auszeichnete und seine Art und Weise der Machtausübung kennzeichnete, war die immer stärkere Kontrolle, die das Regime über die öffentliche Sphäre ausübte.

konsequente Verhinderung von politischem Wettbewerb auszeichnete.

Der Ursprung der Kontroverse hängt mit dem Beginn des autoritären Regimes zusammen. Es ging aus einer demokratisch gewählten Regierung hervor und erweckte anfänglich den Anschein von Effizienz – zunächst als demokratische Regierung und dann als autoritäres Regime – bei der Bekämpfung der Probleme Terrorismus und Hyperinflation, den beiden Geißeln der Demokratie in den achtziger Jahren. Die Suche nach einer Lösung für diese Probleme war für die peruanische Gesellschaft in der damaligen Situation derart wichtig, dass bei einer Meinungsumfrage 82% der Befragten den Putsch vom 5. April 1992 befürworteten. Gleichzeitig äußerte eine große Mehrheit der Befragten die Ansicht, die Pressefreiheit sei für eine Demokratie wichtiger als das Funktionieren der repräsentativen Institutionen.

Selbst nach dem Staatsstreich und der Einberufung von Wahlen für einen „Demokratischen Verfassungsgebenden Kongress“ (*Congreso Constituyente Democrático*) gingen einige politische Experten davon aus, man habe es mit dem Beginn des Übergangs zu einer neuen Art von Demokratie zu tun – einer *democradura*, das heißt einer Demokratie mit harter Hand (López 1994).

Andere bezeichneten das aus dem Staatsstreich hervorgegangene Regime als „delegative Demokratie“ (McClintock 1996), wobei sie den Putsch bzw. den

Bruch mit einem demokratischen politischen Regime mit präsidentiellem Personalismus und einer Geringschätzung der übrigen Staatsgewalten verwechselten.

Was den *Fujimorismo* als politisches Regime auszeichnete und seine Art und Weise der Machtausübung kennzeichnete, war die immer stärkere Kontrolle, die das Regime über die öffentliche Sphäre ausübte. Dies begann mit dem anti-politischen und Anti-Parteien-Diskurs, mit der Diskreditierung nicht nur der Parteien, sondern aller an Politik Interessierten; es setzte sich fort mit dem Putsch, der Schließung des dem Regime nicht wohlgesonnenen Parlaments und der Etablierung eines vollständig von der Regierung beherrschten Parlaments. Hinzu kam die manchmal offene und manchmal subtile Kontrolle der Massenmedien, insbesondere des Fernsehens, schließlich auch noch die selektive Verfolgung jener Kräfte, die sich aufgrund ihres Argumentationspotenzials als gefährlich hätten erweisen können. Diese Kontrolle war jedoch nicht immer gleich intensiv, sondern sie variierte je nach konjunkturellen Erfordernissen. Ein Anstieg der Kontrollmaßnahmen war insbesondere ab 1996 zu beobachten, als die Bemühungen um eine zweite Wiederwahl Fujimoris einsetzten.

Wenn wir uns an die vier grundlegenden Merkmale halten, die Linz und Stepan (1996) zur Unterscheidung von unterschiedlichen Typen autoritärer Regime heranziehen (Pluralismus, Ideologie, Führerschaft und Mobilisierung), gelangen wir zu folgen-

dem Ergebnis: Es handelte sich um ein Regime, das sich durch **ein gewisses Maß an gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Pluralismus** auszeichnete. Aktivitäten in diesen Bereichen wurden toleriert, solange sie nicht mit den kurz- und mittelfristigen Interessen der Machthaber kollidierten. Das **Ausmaß des politischen Pluralismus war demgegenüber noch geringer** und nahm im Laufe der Zeit weiter ab. In ideologischer Hinsicht pflegte das Regime einen neoliberalen wirtschaftlichen Diskurs, der sich an die politischen Bedürfnisse der Regierenden anzupassen bemühte. Gleichzeitig kam es zu einer formalen Betonung der hochgradig personalisierten präsidentiellen Führerschaft, die die peruanische Politik bereits in der Vergangenheit ausgezeichnet hatte. Die Führungsrolle des Präsidenten war eng verwoben mit der Spitze der Streitkräfte und der Geheimdienste. Die Mobilisierung der Bevölkerung blieb relativ schwach und beschränkte sich auf das Funktionieren von klientelistischen Netzwerken sowie die gelegentliche „Beförderung“ zu politischen Kundgebungen, die der Rückendeckung für die vom Regime unterstützten Kandidaten dienten.

Zu dieser Charakterisierung des autoritären Regimes muss man hinzufügen, dass es zu einer Wiederbelebung jener Merkmale kam, die sich auf den patrimonialen Staat in Peru beziehen: Dazu gehörte zum einen der willkürliche Gebrauch der Macht, der stets Hand in Hand ging mit einer kuriosen Handhabung der

rechtlichen Normen, welche man je nach taktischer Notwendigkeiten interpretierte und reinterpretierte. Gleichzeitig kam es zu einem extensiven Gebrauch öffentlicher Güter und Gelder für private Zwecke, was so weit führte, dass in vielen Fällen die Grenzen zwischen dem Staatshaushalt und den Gütern und Einkommen der Regierenden verschwanden.

Im Hinblick auf den letztgenannten Aspekt ist auf folgendes hinzuweisen: In früheren Phasen der peruanischen Geschichte, vielleicht bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts, war die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Haushalten nicht besonders klar. Der erneuerte Patrimonialismus des Systems Fujimori ereignete sich jedoch nach mehreren Jahrzehnten der Bürokratisierung und Entwicklung des Staates, die sich im gesunden Menschenverstand der Bevölkerung niederschlugen und zu einer allgemeinen Ablehnung der illegalen Privatisierung von öffentlichen Gütern führten. Dies fand seinen Ausdruck in der sofortigen und massiven Ablehnung, die dem Regime nach der Präsentation eines Videos entgegenschlug, das Vladimiro Montesinos, den starken Mann des Regimes, dabei zeigte, wie er einen Abgeordneten der Opposition bestach, damit dieser in die Reihen der Unterstützer Fujimoris überwechselte. Wir können den *Fujimorismo* daher als **neo-patrimoniales autoritäres Regime** charakterisieren, das infolge der Berichte über wiederholte und ausgedehnte Korruption in sozia-

Es handelte sich um ein Regime, das sich durch ein gewisses Maß an gesellschaftlichem und wirtschaftlichem Pluralismus auszeichnete. Aktivitäten in diesen Bereichen wurden toleriert, solange sie nicht mit den kurz- und mittelfristigen Interessen der Machthaber kollidierten.

len Misskredit und politische Isolierung geriet und letztendlich darüber stürzte.

**Aber wer unterstützte dieses autoritäre Regime?** Eine Koalition aus nationalen und internationalen Kräften, die Julio Cotler als „*intermestic*“ bezeichnet hat und die nur aus der Situation heraus verständlich wird, in der sich Peru Ende der 80er Jahre befand. Es handelte sich um eine Allianz zwischen Fujimori und der Militärführung mit den internationalen Finanzorganisationen und Rückendeckung durch die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika sowie durch die peruanischen Großunternehmer. Politische Parteien waren an dem Bündnis nicht beteiligt, weder die traditionellen Parteien, die die peruanische Politik bis in die 80er Jahre kontrolliert hatten, noch neue politische Kräfte, die aufgrund des Misskredits, in den die traditionellen Parteien geraten waren, nicht entstanden. Bei der Bildung der Allianz spielte die Eigenschaft Alberto Fujimoris als „*outsider*“ eine besondere Rolle, d.h. als Individuum, das nicht der politischen Klasse entstammte und das über ein persönliches Prestige verfügte, welches in anderen Bereichen erungen worden war. Insofern war Fujimori auch nicht „verseucht“ durch das Scheitern der Parteien und Politiker der 80er Jahre. Zudem wird immer deutlicher, welche zentrale Rolle der Sicherheitsberater Vladimiro Montesinos für die Bildung und Aufrechterhaltung dieser Allianz spielte. Ihm gelang es, eine sehr starke Verbindung der Regierung Fujimori sowohl mit den Streit-

kräften als auch mit der US-Regierung zu etablieren. Schließlich traten als Funktionäre der Koalition die sogenannten „*tecnopols*“ auf, d.h. Technokraten, die in die Politik eintraten und dabei die vermeintlich einzigen, technischen Lösungen insbesondere für die wirtschaftlichen Probleme des Landes mitbrachten.

Somit handelte es sich um eine Interessenkoalition, die zusammenfand, um bestimmte Ziele durchzusetzen. Den Streitkräften ging es um die Bekämpfung der terroristischen Subversion von Seiten des Leuchtenden Pfades (*Sendero Luminoso*) und des MRTA (*Movimiento Revolucionario Túpac Amaru*), den Vereinigten Staaten sowohl um die Bekämpfung des Terrorismus als auch um die Anwendung einer neoliberalen Wirtschaftspolitik der Marktöffnung, den peruanischen Unternehmern um die Unterstützung sowohl der Anti-Terrorismus-Politik als auch des Neoliberalismus, von dem sie sich Stabilität und Erleichterungen für ihre Geschäfte erhofften. Fujimori, der weder über eine Partei noch über eindeutige politische Ziele verfügte, war die Persönlichkeit, die diese Interessenkoalition benötigte. Er passte sich an die mächtigsten Kräfte jedes einzelnen Lagers an und wurde vom ersten Moment an von diesen ihren Notwendigkeiten entsprechend geformt. Die Allianz verfügte nicht über ein gemeinsames Programm, vielmehr war man sich wechselseitig nützlich, soweit und solange dies möglich war. Zu Problemen kam es dann in dem Moment, als sich

**Aber wer unterstützte dieses autoritäre Regime?** Eine Koalition aus nationalen und internationalen Kräften, die Julio Cotler als „*intermestic*“ bezeichnet hat und die nur aus der Situation heraus verständlich wird, in der sich Peru Ende der 80er Jahre befand.



die Interessen mehr und mehr als miteinander unvereinbar erwiesen.

### III. Die Dynamik des autoritären Regimes

Die Dynamik des autoritären Regimes wurde durch die Art der von ihm betriebenen Politik bestimmt, weshalb seine Charakterisierung uns eine angemessene Periodisierung des Autoritarismus und des Erbes, das er der peruanischen Politik hinterlässt, erlaubt. Der *Fujimorismo* berief sich auf eine anti-politische Haltung, um sich vom Scheitern der demokratischen Politik der 80er Jahre zu distanzieren. Er pflegte einen Diskurs, der gut zur peruanischen Krise passte und gleichzeitig dem damaligen Zeitgeist entsprach. Mit anderen Worten: Er propagierte als Antwort auf die Krise der Parteipolitik eine neoliberale Hegemonie, die für sich beanspruchte, die Politik durch den Markt zu ersetzen und dem Staat die zentrale Rolle innerhalb des sozialen Lebens zu entziehen (Lechner 1996). Den Terminus Anti-Politik gebrauchen wir hier auf die einfachst mögliche Art und Weise, als diskursive Negation der politischen Aktivität, indem diese als negativ betrachtet wird und ihre Vertreter, „die Politiker“, abgelehnt werden, weil man ihnen gegenüber jeden nur möglichen Verdacht hegt. Mag sie sich auch noch so „anti“ geben, so verstehen wir doch unter dieser Haltung eine weitere Variante des politischen Handelns, nur dass dieses Handeln zu einer geheimen, offiziell negierten Tätigkeit wird, die sich hinter verschlossenen Türen abspielt und jenes

Prinzip der Transparenz absolut negiert, das sie zu repräsentieren vorgibt. Der letztgenannte Aspekt, die Politik als eine im Verborgenen ausgeübte Tätigkeit, sollte von grundlegender Bedeutung werden, denn gerade dies ermöglichte den Machthabern, sich letztendlich in eine kriminelle Bande zu verwandeln, die den Staat benutzte, um Aktivitäten des organisierten Verbrechens betreiben.

Die Anti-Politik des Systems Fujimori bemühte sich in besonderem Maße darum, die Auswirkungen der öffentlichen Debatte auf die Regierungspolitik so weit wie möglich zu beschränken (Conaghan 1996). Sie setzte dazu auf eine Strategie zunehmender Kontrolle der Massenmedien, die sich auf die Schwäche der Zivilgesellschaft und den bereits erwähnten Misskredit stützte, dem sich die politischen Parteien ausgesetzt sahen. Dies führte in der Praxis zur Beseitigung der in den 80er Jahren im Entstehen begriffenen Öffentlichkeit, welche die Aufmerksamkeit der damaligen Regierungen wenigstens auf die extremsten Formen des Machtmissbrauchs gelenkt hatte.<sup>3</sup> Die Strategie gegenüber den Massenmedien setzte nicht auf

Der *Fujimorismo* berief sich auf eine anti-politische Haltung, um sich vom Scheitern der demokratischen Politik der 80er Jahre zu distanzieren. Er pflegte einen Diskurs, der gut zur peruanischen Krise passte und gleichzeitig dem damaligen Zeitgeist entsprach.

<sup>3</sup> Ich benutze den Terminus „Öffentlichkeit“ hier im Sinne von Habermas (1991) als „jenen Raum des sozialen Lebens, in dem sich die öffentliche Meinung herausbildet“. Diese Vorstellung wird ergänzt von María Marván (1999), die darauf hinweist, dass „es sich um einen Raum handelt, in dem die verschiedenen konfligierenden Interessen aufeinandertreffen und diskutiert werden, damit durch deliberative Prozesse Konsense und Übereinkünfte erzielt werden können, die für alle angemessen und nicht ausgrenzend sind.“

Trotz formaler Pressefreiheit existierte im Peru der 90er Jahre daher keine wirkliche Öffentlichkeit, deren Ansichten die Entscheidungen der Regierung beeinflusst hätten.

direkte Zensur, sondern auf den Einsatz vielfacher Mechanismen der Hetze, verhüllter oder direkter Drohungen, steuerlicher Erpressung und persönlicher Bestechung, um die Selbstzensur zu fördern und jene Medien zu isolieren, die ihre Unabhängigkeit behielten. Gegenüber den gesellschaftlichen Organisationen reichte die Haltung von Kooptationsversuchen durch Klientelismus bis zur offenen politischen Repression gegenüber denjenigen Gruppen, die am schwierigsten zu überzeugen waren. Die Funktionen der politischen Parteien im Sinne einer Kanalisierung von gesellschaftlichen Interessen und der Erzeugung einer qualifizierten öffentlichen Meinung blieben stark eingeschränkt, sowohl aufgrund der Krise, in der diese sich seit dem Ende des vorhergehenden Jahrzehnts befanden, als auch infolge der neuen ideologischen Hegemonie des Neoliberalismus, die kaum Spielräume für alternative Standpunkte ließ. Angesichts dieser Bedingungen kann man von einer **blockierten öffentlichen Sphäre** sprechen, die sich durch einen gewissen Austausch von Meinungen zwischen den Eliten auszeichnete, aber ohne die Möglichkeit, dass die in diesem Rahmen geäußerten Ansichten die tatsächliche Machtausübung beeinflusst hätten. Trotz formaler Pressefreiheit existierte im Peru der 90er Jahre daher keine wirkliche Öffentlichkeit, deren Ansichten die Entscheidungen der Regierung beeinflusst hätten.

Bei der Analyse der Anti-Politik (Lynch 1999a) muss zwischen

**drei Phasen** unterschieden werden. In einer ersten Phase, die vom Wahlkampf des Jahres 1990 bis zum Staatsstreich von 1992 dauerte, war die Anti-Politik Teil des demokratischen Wettbewerbs. Eine zweite Phase, in der die Anti-Politik ihren Höhepunkt erreichte und sich die staatliche Repression ohne Gegengewicht von Seiten ihrer Rivalen entwickelte, reichte vom Putsch des Jahres 1992 bis zum August 1996. Die dritte Phase, die Anti-Politik in der Krise, begann 1996 und dauerte bis September 2000, als Fujimori sich zur Einberufung von Wahlen ohne eigene Beteiligung entschied und damit das Ende seines Regimes einleitete.

#### **Phase 1: 1990-1992**

In der ersten Phase wurde die Anti-Politik als Ressource im Rahmen des Wettbewerbs zwischen verschiedenen demokratischen Akteuren eingesetzt. Einer der Akteure (Fujimori) warf den übrigen vor, „Politik zu machen“, bezeichnete dies als zentrales Defizit ihres öffentlichen Handelns und setzte ihre Eigenschaft als Politiker mit der von gewöhnlichen Verbrechern gleich, die entsprechend verfolgt werden müssten. Nichtsdestotrotz setzten die demokratischen Rahmenbedingungen gewisse Grenzen, die der *outsider* mit seiner anti-politischen Predigt nicht überschreiten konnte.

#### **Phase 2: 1992-1996**

In der zweiten Phase waren dem an die Macht gelangten *outsider* keinerlei Grenzen gesetzt und er entfesselte mit den Ressourcen des Staates die Verfolgung sei-

ner Rivalen, die nun nicht mehr als Gegner sondern als Feinde galten. In der dritten Phase setzte er die Repression fort und verschlimmerte sie sogar noch, aber mit dem Auftauchen von bedeutsameren Rivalen wurden ihm auch die nicht nur konjunkturellen, sondern vielleicht auch historischen Grenzen seines Handelns aufgezeigt.

Die seit dem Putsch von 1992 stattfindende Umwertung der Rivalen von Gegnern in Feinde im Rahmen der offiziellen Rhetorik geschah noch unter dem Einfluss des internen Krieges gegen den *Sendero Luminoso* und die MRTA und brachte die fast vollständige Eliminierung des politischen Wettbewerbs mit sich, der durch die Konfrontation als Achse der politischen Dynamik ersetzt wurde.<sup>4</sup> Nur aus einer solchen Konzeption heraus, d.h. der Politik als Krieg, werden die ständige Manipulation der rechtmäßigen Ordnung, der wiederholte Rekurs auf Wahlbetrug, der offene Ein-

satz von staatlichen Ressourcen zur Mobilisierung von politischer Unterstützung für die Regierung sowie die Hetze gegen die Opposition und die unabhängigen Massenmedien verständlich.<sup>5</sup> Die grundlegende Idee bestand darin, dass „jedes Mittel recht ist“, um die Kontinuität der Herrschaftsausübung durch die Machthaber zu garantieren. Die zu diesem Zweck ergriffenen Maßnahmen mögen zwar zur Verbesserung des Images des Regimes verschleiert worden sein, aber von der Sache her bestand aus dessen Perspektive keinerlei Anlass zur Reue.

Die Politik der Anti-Politik war sehr erfolgreich beim Kampf gegen die Parteien von gestern, die ohnehin aufgrund ihres armseligen Handelns in den 80er Jahren stark geschwächt waren. Sie führte zu einer Reduzierung des Stimmenanteils der traditionellen Parteien auf ein Drittel bis ein Fünftel ihrer traditionellen Ergebnisse und bescherte der Linken eine fast vollständige Eliminierung ihrer Unterstützung, wenn wir denn den Wahlergebnissen des Jahres 1995 glauben dürfen. Aber nicht nur die traditionellen Parteien waren von der Anti-Politik betroffen. Der *outsider* an der Macht sorgte auch dafür, dass es niemandem

Nur aus einer solchen Konzeption heraus, d.h. der Politik als Krieg, werden die ständige Manipulation der rechtmäßigen Ordnung, der wiederholte Rekurs auf Wahlbetrug, der offene Einsatz von staatlichen Ressourcen zur Mobilisierung von politischer Unterstützung für die Regierung sowie die Hetze gegen die Opposition und die unabhängigen Massenmedien verständlich.

<sup>4</sup> Der Rekurs auf die Konfrontation hat in der peruanischen Politik sehr wichtige Vorläufer. Die populistische Hegemonie vor dem Putsch des 5. April hatte Gestalt angenommen im Laufe der Auseinandersetzung mit der Oligarchie. Die Dynamik des Parteiensystems war selbst in demokratischen Perioden geprägt durch eine Dynamik der Konfrontation zwischen den Akteuren. Allerdings wurden die formalen Regeln des demokratischen Spiels in den 80er Jahren mehr oder weniger beachtet; 1985 und 1990 fanden Machtwechsel zwischen zivilen Präsidenten statt, die jeweils unterschiedlichen Parteien angehörten. Dadurch konnte sich zumindest ansatzweise ein Wählerwettbewerb zwischen verschiedenen Akteuren herausbilden. Nach dem Putsch vom 5. April etablierte sich die Konfrontation erneut als einziges Stilmittel der politischen Auseinandersetzung.

<sup>5</sup> Die 1997 an die Öffentlichkeit gelangten Erklärungen der Geheimdienstagenten Leonor La Rosa und María Luisa Zanatta hinsichtlich der massiven Telefonüberwachung und der Pläne für Hetzkampagnen, Verfolgung und Ermordung von oppositionellen Politikern und Journalisten durch die staatlichen Geheimdienste verschaffen uns eine Vorstellung vom repressiven Charakter des Systems Fujimori.

Warum konnte die Anti-Politik eine derartige Wirksamkeit entfalten? Weil ein bedeutender Teil der Bevölkerung aufgrund der von der Regierung erzielten Ergebnisse zwischen 1990 und 1996 an die Anti-Politik und an diejenigen, die sie als effiziente Form des Regierens implementierten, glaubte.

gelang, ihm seine Führungsrolle auf nationaler Ebene streitig zu machen. Heute scheint es lange her zu sein und fast schon ist es aus unserer Erinnerung verschwunden, aber der Oberbürgermeister von Lima und eingefleischte Unabhängige Ricardo Belmont wurde kurz vor den Wahlen des Jahres 1995 mit Hilfe einer Schmutzkampagne der Regierung ohne allzu große Anstrengungen seiner Präsidentschaftsambitionen beraubt. Auf Belmont folgte noch im gleichen Jahr ein anderer, diesmal berühmter, Unabhängiger, Javier Pérez de Cuéllar, der fast als *insider* geendet hätte aufgrund des Images, das die Strategen Fujimoris von ihm konstruierten. Sie profitierten dabei davon, dass Pérez de Cuéllar die Parteien der 80er Jahre nicht frontal verurteilt hatte.

### Ursachen für den Erfolg der „Anti-Politik“

Warum konnte die Anti-Politik eine derartige Wirksamkeit entfalten? Weil ein bedeutender Teil der Bevölkerung aufgrund der von der Regierung erzielten Ergebnisse zwischen 1990 und 1996 an die Anti-Politik und an diejenigen, die sie als effiziente Form des Regierens implementierten, glaubte. Es waren die Jahre, in denen die vermeintlichen Lösungen für die Probleme der politischen Gewalt und der wirtschaftlichen Krise die Schonfrist des Regimes verlängerten und es praktisch auf allen Ebenen unangreifbar machten. Zudem stand die in dieser Phase zur Schau gestellte Regierbarkeit in deutlichem Kontrast zu der Unregierbarkeit, die die Parteien

in den 80er Jahren verursacht hatten, weshalb die Opposition sich auf diejenigen reduzierte, die an die konstitutionelle Demokratie „glaubten“.

Als Legitimationsquelle für die Regierungspolitik spielte der Putsch vom April 1992 eine sehr wichtige Rolle. Dieser Staatsstreich ermöglichte eine allgemeine Änderung der politischen Spielregeln. Die Rolle derjenigen Akteure, die in das legal-demokratische Spiel einbezogen gewesen waren, änderte sich genauso wie die Situation derjenigen Kräfte, die wie die Streitkräfte, die Großunternehmer und die internationalen Finanzorganisationen von außerhalb des Parteiensystems eine anti-systemische Position eingenommen hatten. Der Putsch ermöglichte es der Regierung auch, der parteipolitischen Opposition jede politische Beteiligung zu verweigern. Von nun an spielte die Fähigkeit der Regierung, vermeintliche Lösungen für die Probleme des Landes zu präsentieren, eine zentrale Rolle. Demgegenüber kam der Legitimation durch Gesetze nur noch eine untergeordnete Bedeutung zu.

Trotzdem unternahm das Regime nach dem 5. April eine Reihe von Anstrengungen, um sich eine eigene rechtliche Legitimation zu verschaffen. Anlässlich eines Außenministertreffens der OAS (Organisation Amerikanischer Staaten) im August 1992 wurde ein Abkommen namens *Acuerdo de las Bahamas* unterzeichnet, in dem sich die Regierung dazu verpflichtete, zusammen mit den Oppositionsparteien einen politischen Ausweg aus

der Krise zu suchen. Diese Zusage wurde nie erfüllt. Es folgte die Einberufung des „Demokratischen Verfassungsgebenden Kongresses“, der angesichts der Nichterfüllung des *Acuerdo de las Bahamas* von der Mehrheit der Oppositionsparteien boykottiert wurde und dessen Regeln man vor den Wahlen mehrfach änderte. Im Oktober 1993 fand dann das Verfassungsreferendum statt, von dem selbst die Mitglieder der Nationalen Wahljury zugaben, dass die Ergebnisse zugunsten des „ja“ geändert worden seien.

Vor den allgemeinen Wahlen des Jahres 1995 erhöhte die Regierung die Staatsausgaben und machte damit alle mit dem IWF vereinbarten Sparmaßnahmen hinfällig, was nur möglich war, weil der IWF beide Augen zu drückte. Auch die Weltbank reagierte nicht, als die Regierung Fujimori Weltbankkredite in Höhe von Hunderten Millionen Dollar für ihren Wahlkampf ausgab. Hinzuweisen ist außerdem auf zahlreiche Anzeigen wegen Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahlen, denen aufgrund des geringen Interesses von Seiten der Wahlbeobachter und der fehlenden Unterstützung durch die Bevölkerung kaum nachgegangen wurde.

Der *Acuerdo de las Bahamas*, der Demokratische Verfassungsgebende Kongress, das Referendum und die Wahlen von 1995 waren Versuche, dem Regime eine größere Legitimation zu verschaffen. Allerdings handelte es sich dabei um halbherzige Versuche, die aufgrund der Kontrollbedürfnisse des Regimes re-

gelmäßig umgangen wurden. Dies gilt auch für die neue Verfassung, die 1993 „angenommen“ wurde. Sie hätte zur Handlungsgrundlage für die Regierung des 5. April werden müssen, aber sie wurde fast von Beginn an systematisch verletzt, damit das Regime die Pläne seiner Perpetuierung an der Macht realisieren konnte.

### Phase 3: 1996-2000

Im August 1996 begann die dritte Phase des *Fujimorismo*. Sie zeichnete sich dadurch aus, dass sich die politischen Effekte der anfänglichen Leistungen der Regierungspolitik abnutzten. Die „makroökonomische Stabilität“ führte nicht zu einer Wiederbelebung von Produktion und Löhnen und die Erinnerung an die militärische Niederschlagung der terroristischen Gewalt schwand aus dem Gedächtnis der Bevölkerung. Im August 1996 verabschiedete der Kongress das „Gesetz über die authentische Interpretation der Verfassung von 1993“,<sup>6</sup> mit dem eine zweite Wiederwahl des Präsidenten ermöglicht wurde.

Wir können die dritte Phase ihrerseits in zwei Etappen einteilen. Eine erste Etappe dauerte vom August 1996 bis zum 9.4.2000. Sie zeichnete sich durch beginnende Proteste

Der *Acuerdo de las Bahamas*, der Demokratische Verfassungskonvent, das Referendum und die Wahlen von 1995 waren Versuche, dem Regime eine größere Legitimation zu verschaffen. Allerdings handelte es sich dabei um halbherzige Versuche, die aufgrund der Kontrollbedürfnisse des Regimes regelmäßig umgangen wurden.

<sup>6</sup> Nach Ansicht der meisten peruianischen Verfassungsrechtler handelte es sich dabei um eine willkürliche Interpretation der Verfassung von 1993, denn es wurde davon ausgegangen, dass die Zählung der zwei Fujimori möglichen Präsidentschaftsperioden erst 1995 einzusetzen habe, als die neue Verfassung schon in Kraft war, und nicht 1990, mit dem Jahr seiner ersten Wahl, unter der Gültigkeit einer anderen Verfassung.

gegen die Möglichkeit einer erneuten Wiederwahl Fujimoris aus. Die zweite Etappe begann damit, dass die demokratische Opposition ab dem 9. April des Jahres 2000 in die politische Offensive ging, zum ersten Mal seit dem Putsch vom April 1992. Sie dauerte bis zum 16. September 2000, jenem Tag, an dem Fujimori vorgezogene Neuwahlen ohne eigene Beteiligung ankündigte und damit sein erst kurz zuvor angetretenes Mandat drastisch verkürzte. Zwei Monate später, Mitte November 2000, floh Fujimori nach Japan, wo er sich nach wie vor aufhält. Diese zweite Etappe war bestimmt von Demonstrationen, öffentlichen Protesten über Wahlbetrug und der – letztlich erfolgreichen – Forderung nach Neuwahlen.

Die Antwort auf das im August 1996 verabschiedete „Gesetz über die authentische Interpretation der Verfassung“ ließ nicht lange auf sich warten. Diverse bürgerliche, soziale und sektorale Bewegungen gegen die Wiederwahl nahmen die Arbeit auf. Das „Demokratische Forum“ (*Foro Democrático*) ergriff die Initiative für ein Referendum gegen den Versuch der Wiederwahl und sammelte dazu zwei Millionen Unterschriften. Jugendorganisationen organisierten 1997 und 1998 große Demonstrationen als Antwort auf die Übergriffe gegen die demokratischen Institutionen, v.a. gegen das Verfassungsgericht. Auch der gewerkschaftliche Kampf erfuhr eine Reaktivierung, wobei insbesondere die Interessenvertretungen der Beschäftigten des Baugewerbes und der Lehrer ini-

tiativ wurden. Schließlich entstand eine bedeutende Bewegung zur regionalen Dezentralisierung, die sich fast auf das ganze Land ausdehnte und Forderungen nach regionaler Autonomie mit der Ablehnung der Wiederwahl verband.

Bei diesen Mobilisierungen spielten auch einige Hörfunksender, Printmedien und Fernsehkanäle eine wichtige Rolle. Dies geschah trotz der fast absoluten Kontrolle, die das autoritäre Regime insbesondere über die frei zu empfangenden Fernsehkanäle ausübte. Aufgrund der Abwesenheit anderer Medien spielten im Landesinneren die Radio-kanäle eine besondere Rolle. Die Presse, darunter vor allem einige seriöse Tageszeitungen wie *La República* und *El Comercio* sowie die Zeitschrift *Caretas*, zu denen sich Ende 1999 noch die Tageszeitung *Liberación* gesellte, litt zwar unter der wirtschaftlichen Krise und der Vorherrschaft des Fernsehens, doch spielte auch sie eine wichtige Rolle für die Orientierung der öffentlichen Meinung. Im Hinblick auf das Fernsehen sind zwei besondere Fälle hervorzuheben. In den Jahren 1996 und 1997 gewann Kanal 2 eine große Bedeutung, bis er seinen Eigentümern entrissen wurde. In den Jahren 1997 und 1998 spielte das zunächst auf Kanal 9 und später auf Kanal 13 ausgestrahlte Programm des Journalisten César Hildebrant eine wichtige Rolle, bis es letztendlich ebenfalls eingestellt werden musste. Alle genannten Medien waren sehr wichtig für die Verbreitung von journalistischen Untersuchungen, die auf die Kor-

Die Antwort auf das im August 1996 verabschiedete „Gesetz über die authentische Interpretation der Verfassung“ ließ nicht lange auf sich warten. Diverse bürgerliche, soziale und sektorale Bewegungen gegen die Wiederwahl nahmen die Arbeit auf.

ruption hinwiesen und über das Funktionieren des repressiven Apparates des Systems Fujimori berichteten.

Der Regierungsapparat reagierte mit Zynismus und offenen Angriffen auf die journalistischen Untersuchungen. Viele Journalisten, die es wagten, die schwierigen Themen anzugehen, sahen sich mit Klagen konfrontiert, die die Regierung gegen sie einreichte.<sup>7</sup>

Die zunehmende gesellschaftliche Mobilisierung weckte sofort große Illusionen.

Zum einen, weil es sich um Meinungsäußerungen der Gesellschaft nach fast einem Jahrzehnt des Schweigens handelte, in dem die peruanische Bevölkerung einen der gewaltigsten Strukturanpassungsprozesse Lateinamerikas und das Ende des „schmutzigen Krieges“ gegen den Terrorismus des *Sendero Luminoso* ertragen hatte.

Zum anderen, weil sich ein neuer Diskurs zu entwickeln begann, der vor allem während der Mobilisierung für das Referendum und bei Aktivitäten der Jugendorganisationen spürbar wurde. Im Unterschied zu den gesellschaftlichen Mobilisierungen vorhergehender Jahrzehnte handelte es sich um einen gemäßigten

Diskurs, der auf die Verteidigung des Rechtsstaates und der demokratischen Institutionen abzielte, für Toleranz eintrat und sich eindeutig gegen die Korruption aussprach.

Derart eindeutige Aussagen sind mit Blick auf die Mobilisierungskampagnen der Gewerkschaften und der regionalen Bewegungen nicht möglich, aber diese bewiesen eine Fähigkeit zur Herausbildung von Koalitionen, wie es sie ebenfalls in der Vergangenheit nicht gegeben hatte. In diesem Sinne ragte der Gewerkschaftsdachverband CGTP (*Confederación General de Trabajadores del Perú*) heraus, dem es gelang, breite Fronten für spezifische Mobilisierungskampagnen zu bilden und sogar eine Paralyse des gesamten Landes zu erreichen. Der erneuerte Diskurs weckte Hoffnungen auf eine „neue Politik“, die sich sowohl von den alten parteipolitischen Mustern als auch von der Anti-Politik des autoritären Regimes unterscheiden würde; eine Politik, aus der endlich die Vorstellung vom Anderen als Feind, den es zu eliminieren gilt, verbannt würde. Vielleicht waren die Hoffnungen verfrüht, aber bereits diese Ansätze stellen wichtige Elemente dar, die es bei der Gestaltung des Weges zur Rekonstruktion eines demokratischen Parteiensystems zu berücksichtigen gilt.

Die zunehmende Mobilisierung der peruanischen Gesellschaft deutete zum ersten Mal in den 90er Jahren die Möglichkeit für eine Rückkehr zur Demokratie an. Selbst die Regierung schien einige Wochen lang diese Bot-

Der Regierungsapparat reagierte mit Zynismus und offenen Angriffen auf die journalistischen Untersuchungen. Viele Journalisten, die es wagten, die schwierigen Themen anzugehen, sahen sich mit Klagen konfrontiert, die die Regierung gegen sie einreichte.

<sup>7</sup> Eine Ausnahme war die Ermordung von „La Cantuta“ Anfang des Jahrzehnts. Aufgrund des außergewöhnlichen Spürsinns der Journalisten, die die Tat anzeigten, und des noch nicht besonders perfektionierten Repressionsapparates des Systems Fujimori musste die Regierung den Prozess gegen die für die Tat Verantwortlichen und ihre Verurteilung akzeptieren. Einige Zeit später wurden sie allerdings von den autoritären Machthabern begnadigt.

Gleichzeitig entstanden neue nationale Bewegungen, deren Führungspersonlichkeiten Ambitionen für die Präsidentschaftswahlen des Jahres 2000 anmeldeten.

Botschaft verstanden zu haben. Mitte 1998 ernannte sie einen ehemaligen Oppositionellen, Javier Valle Riestra, zum Vorsitzenden des Ministerrats. Die Mobilisierungskampagnen verloren jedoch an Intensität und es gelang nicht, valide und alternative politische Gesprächs- und Verhandlungspartner hervorzubringen. Zudem zeigte sich, dass die Ernennung von Valle Riestra lediglich ein weiteres „Ablenkungsmanöver“ gewesen war. Innerhalb von fünf Wochen war er wieder von der Bildfläche verschwunden und die vermeintliche Öffnung beendet.

Die beschriebenen Formen des kollektiven Handelns bezogen sich zwar immer auf spezifische Aspekte, insgesamt waren sie aber Ausdruck eines in unterschiedlichen Orten und Sektoren des Landes vorhandenen starken Partizipationswillens. Allerdings handelte es sich um eine **blockierte Partizipation**, der es nicht gelang, sich in Form einer oder mehrerer neuer politischer Parteien oder einer Erneuerung bestehender politischer Kräfte Ausdruck zu verschaffen. Nach vielen Jahren der ausschließlich von den Machthabern herbeigeführten repressiven Mobilisierungen entwickelte sich somit eine Mobilisierung seitens der Bevölkerung. Aber durch diese neuen Mobilisierungen gelang weder die Artikulation noch die Aggregation von Politiken.

### Die Entstehung neuer nationaler Bewegungen

Gleichzeitig entstanden neue nationale Bewegungen, deren Führungspersonlichkeiten Ambitionen für die Präsidentschaftswah-

len des Jahres 2000 anmeldeten. Die einflussreichsten von ihnen waren Alberto Andrade mit *Somos Perú*, Luis Castañeda mit *Solidaridad Nacional* und Alejandro Toledo mit *Perú Posible*. Sie bezeichneten sich als Unabhängige, allerdings existierte kein Parteiensystem mehr, gegenüber dem sie sich als unabhängig betrachten konnten. Zudem ähnelten sie in ihrem politischen Stil zum Teil durchaus dem „Unabhängigen“ an der Macht. Diese „zweite Generation“ von Unabhängigen folgte den von Fujimori etablierten politischen Mustern und war diesem ähnlicher als den alten Parteien, einmal abgesehen davon, dass sie sich im Diskurs unterschieden und einen demokratischen Wandel für den Fall versprachen, dass sie die Wahlen gewinnen sollten.

Diesen Bewegungen fehlen die gesellschaftlichen Wurzeln der alten politischen Parteien. Sie sind aber auch nicht derart unbeschriebene Blätter, wie dies bei Fujimori bei dessen Auftauchen der Fall war, was ihm damals erlaubte, innerhalb kürzester Zeit die Sympathie eines bedeutenden Teils der Bevölkerung zu erlangen, der auf politische Repräsentation hoffte. Der Rückhalt der neuen Unabhängigen seitens der Bevölkerung ist daher sehr schwankend und hängt eher mit Stimmungen der Wählerschaft zusammen, als dass er das Ergebnis eines ideologischen Profils oder einer ausgedehnten Organisationsarbeit wäre. Aufgrund der Wahlergebnisse behielten nur zwei der drei Bewegungen eine gewisse Be-



deutung: *Perú Posible* wegen des hohen Stimmenanteils, der auf den Präsidentschaftskandidaten Alejandro Toledo entfiel, und *Somos Peru* aufgrund der relativ guten Organisation sowie der Tatsache, dass der führende Kopf, Alberto Andrade, Bürgermeister von Lima ist. *Solidaridad Nacional* ist verschwunden, sowohl wegen des Scheiterns ihres Präsidentschaftskandidaten als auch wegen der Abspaltung einer Gruppe von fünf Abgeordneten, die im Jahr 2000 für die Bewegung gewählt worden waren.

### Die politische Haltung der neuen Unabhängigen

Im Hinblick auf die politische Haltung der Unabhängigen der zweiten Generation muss man zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase war durch politische Ambivalenz geprägt, in der zweiten Phase sprachen sie sich deutlich gegen den *Fujimorismo* aus.

a) Die Ambivalenz äußerte sich darin, dass sie nicht mit aller Deutlichkeit einen alternativen Weg zu dem herrschenden Regime vorschlugen, solange sie keine Möglichkeit für einen Sieg über den *Fujimorismo* sahen. Insbesondere traten sie nicht für den Beginn eines Übergangsprozesses zur Demokratie ein, der neue Spielregeln mit sich gebracht hätte, z.B. eine Rückkehr von der Konfrontation zum politischen Wettbewerb. An dieser Haltung änderte sich erst etwas, nachdem die Regierung den Unabhängigen durch massiven Wahlbetrug direkt geschadet hatte.

Auch als im Vorfeld des Präsidentschaftswahlkampfes aus den Reihen der Bevölkerung Stimmen laut wurden, die einen gemeinsamen Kandidaten der Opposition forderten, ließ sich keiner der Unabhängigen darauf ein. Keiner von ihnen verfügte über die Sicherheit, dass er weiterhin eine Führungsposition einnehmen würde oder doch wenigstens in Zukunft noch ein relevanter Politiker sein würde. Dies hängt damit zusammen, dass es sich bei allen um Phänomene der öffentlichen Meinung handelte, denen es an einer soliden politischen Organisation und an einem Diskurs mangelte, der sie auf irgendeine Art und Weise untereinander oder gegenüber dem Regierungskandidaten unterschieden hätte. Eine etwaige Popularität bedeutete daher für jeden von ihnen eine „Viertelstunde des Ruhms“, den es so viel wie möglich auszukosten galt. Anders als die Politiker früherer Zeiten, die Parteien angehörten, welche über eine gewisse Tradition verfügten, besaßen die neuen Unabhängigen keinerlei Garantie dafür, dass sie über die konjunkturelle Situation hinaus noch irgendeine Bedeutung haben würden. Sie konnten sich daher nicht den Luxus erlauben, auf die Möglichkeiten des Augenblicks zu verzichten. Insofern agierten sie anders als beispielsweise Haya de la Torre, der im Jahr 1962 auf seinen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen verzichtete, um den Weg für Neuwahlen frei zu machen. Auch Fernando Belaúnde hatte 1978 eine Teilnahme seiner Partei an den Wahlen zur Verfassungs-

Im Hinblick auf die politische Haltung der Unabhängigen der zweiten Generation muss man zwei Phasen unterscheiden. Die erste Phase war durch politische Ambivalenz geprägt, in der zweiten Phase sprachen sie sich deutlich gegen den *Fujimorismo* aus.

Soziale, bürgerliche und sektorale Bewegungen und die neuen Unabhängigen mit ihren nationalen politischen Bewegungen bilden allerdings so etwas wie parallele Strömungen, die zwar zusammenarbeiten, aber nur wenige Berührungspunkte aufweisen.

gebenden Versammlung abgelehnt, weil keine ausreichenden Garantien für Wahlen ohne Einmischung von Seiten der Streitkräfte gegeben waren.

b) Die Haltung der Unabhängigen änderte sich nach der ersten Runde der allgemeinen Wahlen des Jahres 2000, als sich die Möglichkeit abzeichnete, dass man „den Unabhängigen“ an der Macht besiegen könnte. Selbst die Regierung musste zugestehen, dass einer der neuen Oppositionsführer eine beträchtliche Anzahl von Stimmen erhalten hatte: Alejandro Toledo mit *Perú Posible*. Die veränderte Haltung der Regierung wurde auch durch die außergewöhnlichen Massendemonstrationen gefördert, mit denen die Bevölkerung noch am Wahltag ihren Protest gegen den Wahlbetrug durch die Regierung zum Ausdruck brachte. Mehr als 80.000 Menschen versammelten sich in Lima, um der demokratischen Opposition und vor allem Alejandro Toledo den Rücken zu stärken. Diese Kundgebung und die auf Toledo trotz aller Probleme im ersten Wahlgang entfallenen Stimmen ermöglichten es der Opposition nicht nur, wieder die Initiative zu ergreifen, sondern sogar in die politische Offensive zu gehen, nachdem man den größten Teil der 90er Jahre in der Defensive verbracht hatte. Mehr noch, diese Offensive verfügte in Alejandro Toledo über eine – zumindest zeitweise unumstrittene – Führungspersönlichkeit. Diese Situation kennzeichnete den Übergang zu einer zweiten Etappe der Krise der Anti-Politik, in der sich die autoritäre Macht mit

der offenen politischen Herausforderung durch eine konkrete Alternative konfrontiert sah.

Soziale, bürgerliche und sektorale Bewegungen und die „neuen Unabhängigen“ mit ihren nationalen politischen Bewegungen bilden allerdings so etwas wie parallele Strömungen, die zwar gelegentlich aufeinander angewiesen sind, aber nur wenige Berührungspunkte aufweisen. Die einen bilden so etwas ähnliches wie den Teil einer mobilisierten Zivilgesellschaft, die anderen sind der oppositionelle Teil einer bankrotten politischen Gesellschaft, die dieser im Hinblick auf einige Stilformen ähneln, aber mit dem Präsidentschaftskandidaten über Kreuz liegen. Die Sprachlosigkeit zwischen den beiden Lagern ist so groß, dass bei den Wahlen des Jahres 2000 vermeintlich an einer Dezentralisierung des politischen Systems interessierte Kandidaten wie Andrade oder Salas<sup>8</sup> weder der Bewegung der regionalen Fronten größere Aufmerksamkeit widmeten, noch – von Ausnahmen abgesehen – größeres Interesse daran zeigten, deren Führungspersönlichkeiten in ihre Kandidatenlisten für die Parlamentswahlen aufzunehmen.

Dieser geringe Einfluss der peruanischen Zivilgesellschaft auf die organisierte Politik ist ein schon seit langem zu beobachtendes Phänomen. Nicht nur die Re-

<sup>8</sup> Salas trat als Kandidat eines Bündnisses mit dem Namen *Avancemos* (Lasst uns voranschreiten) an, das in Verbindung mit der konservativen katholischen Gruppe Opus Dei stand. Nach den Wahlen akzeptierte er das Angebot, Präsident des Ministerrates der am 28. Juli 2000 vereidigten dritten Regierung Fujimori zu werden.

gierung Fujimori schenkte diesen Bewegungen keinerlei Beachtung, auch die parlamentarische Opposition tat dies nicht. Wenn sie sich überhaupt an zivilgesellschaftlichen Mobilisierungen beteiligte, dann in den meisten Fällen mit dem Verdruss eines Eingeladenen, der sich weder in seinem eigenen Haus noch in dem seiner Freunde befindet. Zu dieser Sprachlosigkeit kommt noch das Phänomen des „Überläufertums“ hinzu, d.h. der Übertritt von oppositionellen Parlamentariern zur Regierungskoalition. Darin zeigt sich nicht nur die Schwäche der nationalen Bewegungen der neuen Unabhängigen, sondern auch die absolute Respektlosigkeit vieler Parlamentarier gegenüber dem Willen der Wähler.

Möglicherweise zeichnete sich mit der massiven Präsenz der Bürger bei den Kundgebungen des erfolgreichsten Oppositionskandidaten, Alejandro Toledo, zwischen dem ersten Wahlgang und der dritten Vereidigung Fujimoris als Präsident am 28. Juli 2000 ein Wandel der Beziehungen zwischen Gesellschaft und Politik ab.<sup>9</sup> Eine wachsende An-

zahl von Personen beteiligte sich an unterschiedlichen Orten des Landes an den Demonstrationen. Indes handelte es sich um eine zwar massive, aber nur gering organisierte Präsenz, die mehr Ausdruck der allgemeinen Entrüstung angesichts des Wahlbetrugs als die artikuliert Rückendeckung für eine spezifische politische Alternative war. Wir haben es also mit einer Opposition zu tun, in der kaum Verbindungen existieren zwischen den fragmentierten sozialen Bewegungen einerseits und Persönlichkeiten, die ihre politischen Gelegenheitsbewegungen bilden andererseits. Und man kann den Eindruck gewinnen, dass seit dem Wahlprozess des Jahres 2000 zu wenig Zeit vergangen ist, als dass sich ein neues, anderes Produkt hätte herausbilden können.

#### IV. Der Zusammenbruch des autoritären Regimes

Am 28. Juli 2000 trat Fujimori sein drittes Mandat als peruanischer Präsident an. Das Regime war jedoch bereits tödlich verwundet und es sollte nur vier weitere Monate Bestand haben. Die augenscheinliche momentane Stärke des Regimes fand ihren Ausdruck in der öffentlichen Unterstützung durch die Streitkräfte fand und in der relativen Akzeptanz des Wahlbetrugs durch die internationale Gemeinschaft, die den „Sieg“ Fujimoris anlässlich des Außenminister-

die Ausschreitungen verantwortlich zu sein. Wenige Tage nach den Ereignissen verdichteten sich allerdings die Indizien dafür, dass es sich um bewusste Provokationen von Seiten der Regierung handelte.

Wir haben es also mit einer Opposition zu tun, in der kaum Verbindungen existieren zwischen den fragmentierten sozialen Bewegungen einerseits und Persönlichkeiten, die ihre politischen Gelegenheitsbewegungen bilden andererseits.

<sup>9</sup> Der 28. Juli 2000 war der dritte Tag einer Demonstration unter dem Motto *La Marcha de los Cuatro Suyos* (der Marsch der vier Seinigen), zu der Alejandro Toledo aufgerufen hatte, um dagegen zu protestieren, dass Fujimori zum dritten Mal als Präsident Perus vereidigt wurde. Der Erfolg des Aufrufs war an den ersten beiden Tagen, dem 26. und 27. Juli, ganz außergewöhnlich; allein am 27.7. folgten ihm 150.000 Personen. Am 28. Juli, dem Tag der Vereidigung Fujimoris, schlugen die Demonstrationen jedoch in Gewalt um, zahlreiche Gebäude im Zentrum Limas wurden in Brand gesteckt. Regierung und Opposition warfen sich gegenseitig vor, für

Die rechtliche Legitimation des Regimes lag wegen der wiederholten Verstöße gegen die neue Verfassung in Scherben. Zudem schwand aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Krise auch die ergebnisorientierte Legitimation des Systems.

treffens der OAS im kanadischen Windsor im Juni 2000 nicht offen verurteilte. Dadurch hatte man auf Seiten der Machthaber das Gefühl, man könne so weitermachen wie bisher. Aber die fehlende Legitimation der Regierung sorgte dafür, dass es innerhalb kurzer Zeit erneut zu massiven Protesten kam und die bisherigen Verbündeten sich definitiv von Fujimori lossagten. Die rechtliche Legitimation des Regimes lag wegen der wiederholten Verstöße gegen die neue Verfassung in Scherben. Zudem schwand aufgrund der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Krise auch die ergebnisorientierte Legitimation des Systems.

Zum Auslöser für die finale Krise des Regimes wurde am 21. August 2000, weniger als einen Monat nach Beginn der dritten Amtszeit Fujimoris, die Aufdeckung von Waffenlieferungen an die kolumbianische Guerillagruppe FARC, in die Vladimiro Montesinos und seine Freunde in der Führung der Streitkräfte verwickelt waren. Erschwerend wirkte sich aus, dass die Aufdeckung dieser Operation zu einem Zeitpunkt stattfand, als sich die gesamte Andenregion in einer tiefen Krise befand und die Hegemonialmacht der Zone, die Vereinigten Staaten, sich um einen Ausweg aus der Gewalt auf der Grundlage des sogenannten *Plan Colombia* bemühte. In dieser Situation sorgte der offensichtlich von Montesinos organisierte Waffenhandel mit den FARC für erhebliche Missstimmung bei der nordamerikanischen Regierung, die sich dazu

veranlasst sah, ihre privilegierte Beziehung mit dem „Berater“ drastisch zu überprüfen. Der Verlust dieser entscheidenden Machtquelle führte auch zu einer wachsenden Isolierung Montesinos innerhalb der Streitkräfte, was seine spätere Entmachtung erleichterte.

Gleichzeitig sank infolge der Aufdeckung des Waffenhandels die ohnehin schon geringe Glaubwürdigkeit des Regimes in den Augen der peruanischen öffentlichen Meinung noch weiter. So wie die Dinge standen, zeigten sich jetzt die verschärften strukturellen Probleme eines Regimes, das nur drei Wochen zuvor noch stark erschienen war. Die gravierende Machterosion setzte sich fort und läutete den Anfang vom Ende des Regimes ein.

Drei Wochen später, am 14. September, explodierte die Bombe, die nach zehn Jahren das Ende des *Fujimorismo* bedeutete. Ein Kanal des Kabelfernsehens strahlte ein Video aus, das Vladimiro Montesinos dabei zeigte, wie er einem designierten Parlamentsabgeordneten der Opposition 15.000 Dollar überreichte, damit dieser in die Reihen der Regierung überwechselte. Alle verdächtigten die Regierung der Korruption und es gab vielfache Indizien dafür. Aber die öffentliche Vorführung der Korruption führte dazu, dass sich die geringe Glaubwürdigkeit des politischen Regimes gegenüber der Bevölkerung in eine drückende Ablehnung der Präsenz Fujimoris und seiner Freunde an der Macht verwandelte. Zwei Tage später richtete sich Fujimo-

ri an die Bevölkerung und kündigte Neuwahlen an, an denen er sich selbst nicht beteiligen werde. Die beiden folgenden Monate bis zum 22. November, an dem Kongresspräsident Valentín Paniagua als Präsident der Republik vereidigt wurde, waren geprägt durch die Auseinandersetzung darüber, wer das Steuer während der Übergangsphase in der Hand halten würde, Fujimori oder die demokratische Opposition. Letztendlich setzte sich die Opposition durch, indem sie innerhalb des Kongresses eine neue Mehrheit zustandebrachte und auch die Exekutivmacht übernahm.

Alberto Fujimori setzte, sogar mit anfänglicher Rückendeckung durch einen bedeutenden Teil der Opposition, auf eine verhandelte Transition, die ihm einen Abgang ohne Unannehmlichkeiten ermöglichen sollte.<sup>10</sup> Er bemühte sich um einen Immunitätspakt, der die in die Terrorismus- und Drogenbekämpfung – und, wie sich später zeigen sollte, in gravierende Fälle der illegalen Bereicherung – involvierte Führung der Streitkräfte vor Strafverfolgung schützen sollte. Dieser Vorschlag ging davon aus, dass Fujimori allein, ohne Vladimiro Montesinos, dazu in der Lage sein würde, den Übergangsprozess zu lenken. Indes berücksichtigte er nicht, dass Montesinos sich hartnäckig an die Macht klammern würde. Mit jedem weiteren Schritt geriet

<sup>10</sup> Es handelte sich um die jetzigen Präsidentschaftskandidaten Lourdes Flores und Fernando Olivera, die von der Notwendigkeit sprachen, Fujimori im Amt zu halten, um die politische Stabilität des Landes zu garantieren.

Fujimori noch stärker in Misskredit. Zunächst scheiterte er mit dem Versuch, Montesinos zu einem freiwilligen Machtverzicht zu überreden, dann war er nicht dazu in der Lage, ihn gefangen nehmen zu lassen. Ende Oktober bestätigte die Regierung der Schweiz dann Berichte, nach denen Montesinos dort über Bankguthaben in Höhe von 48 Millionen Dollar verfügte. Dies führte zur vollständigen Isolierung Fujimoris und seiner Flucht nach Japan Mitte November. Das Scheitern des paktierten Übergangs aufgrund des absoluten Mangels an Führungskapazitäten auf Seiten Fujimoris beschleunigte den Zusammenbruch des Regimes und gab der parlamentarischen Opposition die Zügel des Staates in die Hand.

Diese Unfähigkeit Fujimoris deutete bereits an, was sich später bei den parlamentarischen und juristischen Untersuchungen bestätigen sollte: Der eigentlich Regierende war Vladimiro Montesinos gewesen. Fujimori hatte ihm lediglich als nützliches Instrument gedient. Ohne Montesinos hätte Fujimori von einem der anderen Machtfaktoren adoptiert werden müssen, um an der Macht bleiben zu können, aber weder die Regierung der Vereinigten Staaten, noch die Streitkräfte waren dazu bereit.

Die Regierung der Vereinigten Staaten sah sich Druck aus unterschiedlichen Richtungen innerhalb der eigenen Administration ausgesetzt und entschied sich angesichts der Schwäche Fujimoris letztendlich dafür, diesen aufzugeben. Die Führung der Streitkräfte geriet durch den

Alberto Fujimori setzte, sogar mit anfänglicher Rückendeckung durch einen bedeutenden Teil der Opposition, auf eine verhandelte Transition, die ihm einen Abgang ohne Unannehmlichkeiten ermöglichen sollte.

Abgang von Montesinos in eine Krise, die es ihr nicht erlaubte, ihre Zielsetzungen innerhalb kurzer Zeit neu zu ordnen. Hinzu kam eine öffentliche Meinung, die, obwohl weniger mobilisierungsfähig als im ersten Halbjahr 2000, dazu entschlossen war, einen Übergangsprozess zu unterstützen, der tatsächlich einen Bruch mit dem Autoritarismus darstellen würde.

Bei der Regierung, die sich Ende November 2000 etablierte, handelt es sich um eine Übergangsregierung, im Hinblick auf deren Ziele keinerlei Zweifel bestehen. Zudem ist Übergangspräsident Valentín Paniagua, anders als Fujimori, der als *outsider* auf die politische Bühne trat, ein *insider*, ein seit vielen Jahren aktiver Parteipolitiker, der von Anfang an in Opposition zu Fujimori stand und sich als hartnäckiger Verteidiger des Rechtsstaates einen Namen gemacht hat. Daher war er dazu in der Lage, die Aufsplitterung der Opposition zu überwinden und eine Regierung zu organisieren, in der die verschiedenen Gruppen sich repräsentiert fühlen.

Der Zusammenbruch des Regimes ermöglichte der neuen Übergangsregierung und der neuen parlamentarischen Mehrheit, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die während des gestürzten Regimes weitverbreitete Korruption einer umfassenden Untersuchung unterzogen wird. Auch die Justizverwaltung und die Wahlbürokratie konnten grundlegend reorganisiert werden. Die neue Regierung verschaffte sich damit breite Unterstützung von Seiten der

Bevölkerung, wohingegen die Überbleibsel des Systems Fujimori noch stärker isoliert wurden. Somit besteht gegenwärtig die Hoffnung, dass die Übergangsphase im kommenden Juli mit der Übergabe der Macht an eine demokratisch gewählte Regierung erfolgreich zu Ende geführt werden kann.

## V. Welche Chance hat die Demokratie?

Bei jeder Analyse von Zukunftsszenarien muss ein fortbestehendes Merkmal der peruanischen Politik berücksichtigt werden, das uns die langjährige Anti-Politik Fujimoris hinterlassen hat. Gemeint ist der Bruch zwischen der organisierten Gesellschaft und jenen politischen Akteuren, die sich um deren Repräsentation bemühen. Dieser Bruch geht auf die Krise der Parteien Ende der 80er Jahre zurück. Die Anti-Politik der 90er Jahre hat die Gräben weiter vertieft.

Das Drama der 80er Jahre war die fehlende Verbindung zwischen einer erneuerten Zivilgesellschaft und einer alten politischen Repräsentation (Lynch 1995), das der 90er dagegen der Bruch zwischen einer fragmentierten und in ihrem sozialen Gewebe durch Terrorismus und Hyperinflation vielfach zerstörten Gesellschaft und einer autoritären Macht, die sich ausschließlich für Unterordnungsbeziehungen – im allgemeinen durch Klientelismus – interessierte.

Trotzdem, darauf haben wir weiter oben hingewiesen, waren es die Jugend-, Bürger- und Gewerkschaftsorganisationen, die sich als erste gegen eine weitere

Bei jeder Analyse von Zukunftsszenarien muss der Bruch zwischen der organisierten Gesellschaft und jenen politischen Akteuren berücksichtigt werden, die sich um deren Repräsentation bemühen.

Verlängerung der Diktatur aussprachen und die die Politiker, sowohl die Parteipolitiker als auch die Unabhängigen, sozusagen ins Schlepptau nahmen.

In einer zweiten Phase, als es zu dem betrügerischen Wahlprozess des Jahres 2000 kam, tauchten auch die Politiker wieder auf, einige Male traten sie sogar an die Spitze der mobilisierten Gesellschaft, aber die Distanz zwischen Zivilgesellschaft und politischer Gesellschaft blieb bestehen und konnte letztendlich nicht überwunden werden. Am nächsten kam man sich vielleicht zwischen dem 8. April, dem Tag des ersten Wahlgangs, und dem 28. Juli, an dem die Demonstrationen gegen eine dritte Amtszeit Fujimoris ihren Höhepunkt erreichten, aber auch in dieser Phase bildeten sich keine klaren Identitäten zwischen der sozialen Mobilisierung und der politischen Repräsentation heraus. Selbst als Fujimori die Verkürzung seines Mandats ankündigte und Neuwahlen einberief, kam es nicht zu einer nennenswerten Abstimmung zwischen sozialen Bewegungen und politischen Organisationen. Während ein nicht zu unterschätzender Teil der politischen Organisationen für einen paktierten Übergang eintrat, forderte die Mehrheitsmeinung eine sofortige Ablösung des als Diktator bloßgestellten Präsidenten.

Nach wie vor bestehen daher große Schwierigkeiten im Hinblick auf die Herausbildung starker politischer Repräsentativkräfte, welche die Konstruktion eines demokratischen Regimes in den kommenden Jahren vor-

antreiben könnten. Dies ist umso gravierender, als es darum gehen muss, die Beschränkungen des demokratischen Regimes der Jahre 1980 bis 1992 zu überwinden. Hauptachse des damaligen Regimes war ein in der Entstehung begriffenes Parteiensystem, das heute nicht mehr existiert.

Vielleicht lassen sich mögliche Zukunftsszenarien am besten unter Bezugnahme auf die im gegenwärtig laufenden **Präsidentschaftswahlkampf** zu beobachtenden **personellen Alternativen** beschreiben.

**Alejandro Toledo** mit *Perú Possible* ist der einzige Überlebende der neuen Unabhängigen und führt die Umfragen zum Zeitpunkt der Abfassung dieser Analyse an. Er hofft auf einen Erdbebenrutschsieg. Mit seinem Widerstand gegen den Wahlbetrug des Jahres 2000 und aufgrund seiner andinen Herkunft gelang es ihm, sich die Unterstützung eines großen Teils der Bevölkerung zu verschaffen, auch wenn seine Bewegung noch wenig organisch erscheint und seine Botschaften gelegentlich widersprüchlich sind. Toledo spricht von der Notwendigkeit, eine große Koalition der sozialen und politischen Kräfte zu bilden, um die Rekonstruktion der demokratischen Institutionen und den Wiederaufbau der Wirtschaft, die beiden zum gegenwärtigen Zeitpunkt wichtigsten Aufgaben des Landes, voranzutreiben. Da es sich um eine neue Alternative mit einer Bündnisperspektive handelt, könnte die Rekonstruktion eines Parteiensystems, das sich von dem der 80er Jahre unterschei-

Nach wie vor bestehen daher große Schwierigkeiten im Hinblick auf die Herausbildung starker politischer Repräsentativkräfte, welche die Konstruktion eines demokratischen Regimes in den kommenden Jahren vorantreiben könnten.

det, erleichtert werden. Dies hängt jedoch davon ab, inwiefern Toledos Bewegung sich in der verbleibenden Wahlkampfzeit und nach einem eventuellen Wahlsieg gegenüber den übrigen politischen Kräften öffnet.

**Loudes Flores** gehört demgegenüber einer sozialchristlichen Partei an, der PPC, die bereits vor Beginn des Systems Fujimori existierte. In ihren Vorschlägen verbindet sie Elemente, die vom *Fujimorismo* selbst und dem katholischen Opus Dei bis zu einigen Gewerkschaftsführern reichen. Der Name des von ihr angeführten Bündnisses, „Nationale Einheit“ (*Unidad Nacional*), verweist auf die Notwendigkeit einer politischen Bündnisperspektive, in ihren Vorschlägen nimmt der Neoliberalismus allerdings eine hegemoniale Position ein. Ihre Botschaften zeichnen sich durch eine große argumentative Kohärenz aus, zudem kann sie als Frau auf großen Rückhalt von Seiten der weiblichen Bevölkerung rechnen. Ihr Image ist allerdings derart stark im rechten Lager des politischen Spektrums verhaftet und verbindet sich so eng mit der unmittelbaren Vergangenheit in Form des *Fujimorismo*, dass eine Stimmenmehrheit für sie nur schwer vorstellbar erscheint. Indes scheint es, unabhängig vom Wahlergebnis, klar, dass sich aus dieser Kandidatur eine starke konservative Partei mit großem Einfluss auf die peruanische Politik entwickeln wird.

Schließlich **Alan García**, Kandidat des alten *Partido Aprista*, der sich um einen eindeutig alternativen Diskurs zum Neoliberalis-

mus bemüht und der auf die Sympathien einiger Sektoren zählen kann, die von dieser Wirtschaftspolitik in Mitleidenschaft gezogen wurden. Garcías Bild verbindet sich jedoch mit dem katastrophalen Scheitern seiner Regierung in den Jahren 1985 bis 1990 und mit den nach wie vor auf ihm lastenden Korruptionsvorwürfen. Aufgrund der geringen ideologischen und organisatorischen Erneuerung seiner Partei ist es zudem nur schwer vorstellbar, dass es ihm gelingen könnte, andere Sektoren für eine eventuelle Regierungsarbeit zu gewinnen. Seine Rolle in diesem Wahlkampf scheint sich darauf zu beschränken, kritische Vorschläge gegenüber dem dominierenden Diskurs einzubringen und seine Partei nach den Jahren der Diktatur zu revitalisieren.

Der gegenwärtige **Einfluss anderer politischer Alternativen**, etwa der früher mächtigen marxistischen Linken oder der diversen Parteien – oder vielleicht besser Etiketten –, die der *Fujimorismo* sich zu etablieren bemühte, ist minimal. Die marxistischen Parteien haben den Zusammenbruch des Parteiensystems der 80er Jahre nicht überwunden und sind verschwunden, einige ihrer Kandidaten finden sich in der Liste Toledos sowie einiger kleinerer Parteien. Der Einfluss des *Fujimorismo* ist deshalb so gering, weil die Flucht Fujimoris und die Korruptionsvorwürfe diese Strömung derart in Misskredit gebracht haben, dass sie praktisch keine Rolle mehr bei den Wählerpräferenzen spielt und mit

Loudes Flores gehört einer sozialchristlichen Partei an, der PPC, die bereits vor Beginn des Systems Fujimori existierte. Ihre Botschaften zeichnen sich durch eine große argumentative Kohärenz aus, zudem kann sie als Frau auf großen Rückhalt von Seiten der weiblichen Bevölkerung rechnen.



den wenigen ihr verbliebenen Sympathien die Reihen von Lourdes Flores stärkt. Jede Prognose eines Wahlergebnisses ist jedoch schwierig, denn zum einen ist eine große Volatilität der Wählerpräferenzen zu beobachten und zum anderen scheint keine der sich bietenden Alternativen wirklich stark in einem Sektor der peruanischen Bevölkerung verwurzelt zu sein.

Als **Schlussfolgerung** sei darauf hingewiesen, dass Peru sich nach wie vor einer ungewissen politischen Zukunft gegenüber sieht, mit einer Zivilgesellschaft, die sich nicht mit der politischen Gesellschaft versöhnt hat und für die Politik nach wie vor ein Spektakel fern ihres täglichen Lebens ist. Die Übergangsregierung ist sich über die ihr zukommenden kurzfristigen Aufgaben im klaren, was dem Wahl-

prozess als solchem die notwendigen Garantien verleiht. Die sich zur Wahl stellenden Alternativen, weder die alten noch die neuen, garantieren allerdings noch nicht den Aufbau einer post-diktatorialen Ordnung, insbesondere nicht die Herausbildung eines neuen Parteiensystems, das der Demokratie eine dauerhafte Grundlage verschaffen könnte. Die Gefahr des Sektierertums schwebt nach wie vor drohend über der peruanischen Politik und bislang hat sich noch kein politischer Gemeinsinn eingestellt, den Alle verteidigen möchten. Die demokratische Hoffnung dieses Übergangsprozesses harrt nach wie vor der Akteure, die sie in eine Realität verwandeln.

---

Lima, Februar 2001

Übersetzung aus dem Spanischen:  
Peter Birle

Peru sieht sich nach wie vor einer ungewissen politischen Zukunft gegenüber, mit einer Zivilgesellschaft, die sich nicht mit der politischen Gesellschaft versöhnt hat und für die Politik nach wie vor ein Spektakel fern ihres täglichen Lebens ist.

## Literatur

- Conaghan, Catherine (1996): "Vida pública en los tiempos de Alberto Fujimori", in: Tuesta, Fernando (Hrsg.): *Los enigmas del poder*, Lima: Fundación Friedrich Ebert.
- Cotler, Julio (1980): *Democracia e Integración Nacional*. Lima: Instituto de Estudios Peruanos.
- Habermas, Jürgen (1991): *The Structural Transformation of the Public Sphere*. Cambridge: The MIT Press.
- Lechner, Norbert (1996): Las transformaciones de la política, in: *Revista Mexicana de Sociología* LVIII/1.
- Linz, Juan / Stepan, Alfred (1996): *Problems of Democratic Transition and Consolidation*, Baltimore and London: The Johns Hopkins University Press.
- López, Sinesio (1994): *Perú: una pista de doble vía. La transición entre el autoritarismo y la democratización (1992-1995)*, Lima (Separata de Cuestión de Estado. Documentos IDS).
- López, Sinesio (1995): "Perú: Partidos, outsiders y poderes fácticos en el golpe y la transición política". Ponencia presentada al Congreso de Latin American Studies Association, Washington D.C., September.
- Lynch, Nicolás (1995): Nuevos ciudadanos y vieja política en el Perú, in: *Socialismo y Participación* 70.
- Lynch, Nicolás (1999): *Una tragedia sin héroes*. Lima: Fondo Editorial de la Universidad Nacional Mayor de San Marcos.
- Lynch, Nicolás (1999a): *El renacimiento de la política como esperanza*. Lima: Instituto de Defensa Legal.
- Marván Laborde, María (1999): "Partidos políticos: instituciones necesarias o prescindibles?", in: *Metapolítica* 3/10.
- McClintock, Cynthia (1996): "La voluntad política presidencial y la ruptura constitucional de 1992 en el Perú", in: Tuesta, Fernando (Hrsg.): *Los enigmas del poder. Fujimori 1990-1996*, Lima: Fundación Friedrich Ebert.
- Pasquino, Gianfranco (1982): Crisis, in: *Diccionario de Política*, México: Siglo XXI editores.
- Sagasti, Francisco / Pepi Patrón / Nicolás Lynch / Max Hernández (1994): *Democracia y buen gobierno*. Proyecto Agenda: Perú, Lima: Editorial Apoyo.
- Sartori, Giovanni (1992): *Partidos y Sistemas de partidos*, zweite erweiterte Auflage, Madrid: Alianza Universidad.
- Schattschneider, E.E (1942): *Party Government*, New York: Holt, Rinehart and Winston.
- Schmitt, Carl (1985): *El Concepto de lo político*, México: Folios ediciones.
- Tanaka, Martín (1998): *Los espejismos de la democracia*, Lima: IEP.
- Tanaka, Martín (1999): *Los partidos políticos en el Perú, 1992-1999; estabilidad, sobrevivencia y política mediática*, Lima: IEP (Documento de Trabajo No. 108).

<b>Parteien und Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen am 8.4.2001</b>	
	<p><b>Partido Aprista Peruano</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: ALAN GARCIA PÉREZ  Vizepräsidentschaftskandidat: JOSÉ HUMBERTO MURGIA ZANNIER  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: JORGE DEL CASTILLO GALVEZ</p>
	<p><b>Frente Independiente Moralizador</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: FERNANDO OLIVERA VEGA  Vizepräsidentschaftskandidat: RICARDO BELMONT CASSINELLI  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: EDUARDO IRRIARTE JIMÉNEZ</p>
	<p><b>Perú Posible</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: ALEJANDRO TOLEDO MANRIQUE  Vizepräsidentschaftskandidat: RAÚL DIEZ CANSECO TERRY  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: DAVID WAISMAN RJAVINSTHI</p>
	<p><b>Proyecto País</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: MARCO ANTONIO ARRUNÁTEGUI CEVALLOS  Vizepräsidentschaftskandidat: GUILLERMO ARGUEDAS SCHIANTARELLI  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: ROSA ALICIA GUZMÁN</p>
	<p><b>Solución Popular</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: CARLOS BOLOÑA BEHR  Vizepräsidentschaftskandidat: PABLO MACERA DALL'ORSO  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: MARÍA FERNANDA MENDOZA DEL SOLAR</p>
	<p><b>Todos por la Victoria</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: RICARDO NORIEGA  Vizepräsidentschaftskandidat: RICARDO FLORES CHIPOCCO  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: JUANA SÁNCHEZ AZALDE</p>
	<p><b>Renacimiento Andino</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: RICARDO NORIEGA  Vizepräsidentschaftskandidat: RICARDO FLORES CHIPOCCO  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: JUANA SÁNCHEZ AZALDE</p>
	<p><b>Unidad Nacional</b></p> <p>Präsidentschaftskandidat: LOURDES FLORES NANO  Vizepräsidentschaftskandidat: DRAGO KISIC  Kandidat für das Amt des Zweiten Vizepräsidenten: JOSÉ LUIS RISCO</p>






ELECCIONES GENERALES

ENCUESTA NACIONAL DE APOYO

# Hora de definiciones

¿Si mañana fueran las elecciones presidenciales por cuál de estos candidatos votaría usted?

	EN EL PERÚ*	EN LIMA**
 <b>Alejandro Toledo</b>	<b>33 %</b>	<b>28 %</b>
 <b>Lourdes Flores</b>	<b>25 %</b>	<b>34 %</b>
 <b>Alan García</b>	<b>15 %</b>	<b>12 %</b>
<b>Fernando Olivera</b>	<b>10 %</b>	<b>11 %</b>
<b>Carlos Boloña</b>	<b>3 %</b>	<b>3 %</b>
<b>Otros/blanco o viciado</b>	<b>5 %</b>	<b>4 %</b>
<b>No sabe, no contesta</b>	<b>9 %</b>	<b>8 %</b>

FICHA TÉCNICA: ENCUESTADORA: Apoyo Opinión y Mercado. NÚMERO DE REGISTRO: 0001-PEE/INE. FECHA: 16 y 18 de febrero del 2001.  
\*TAMAÑO DE LA MUESTRA: 1.835 personas mayores de 18 años, de ambos sexos. MARGEN DE ERROR: ±2,3%.  
\*\*TAMAÑO DE LA MUESTRA: 535 personas mayores de 18 años, de ambos sexos. MARGEN DE ERROR: ±4,5%.

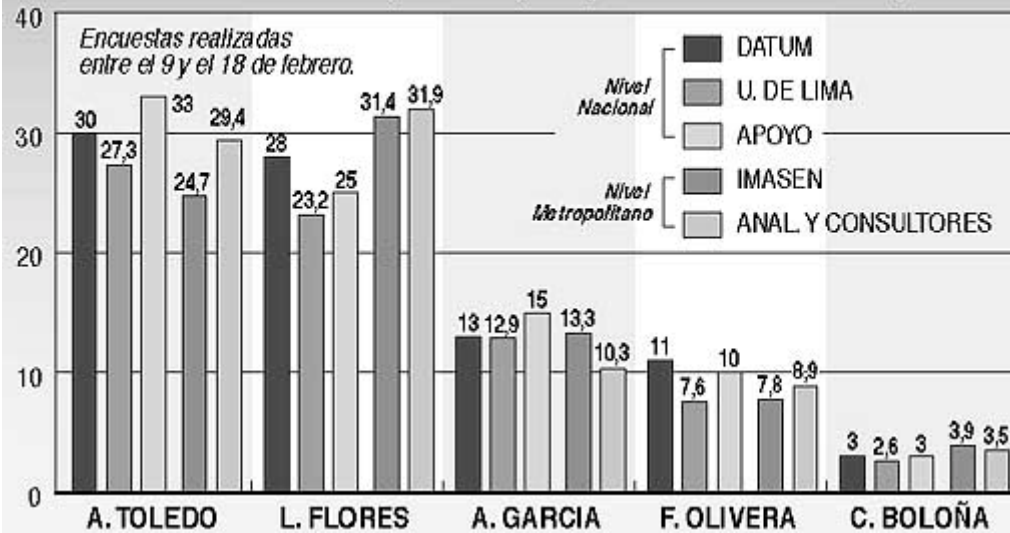
Fuente: Apoyo Opinión y Mercado

EL COMERCIO

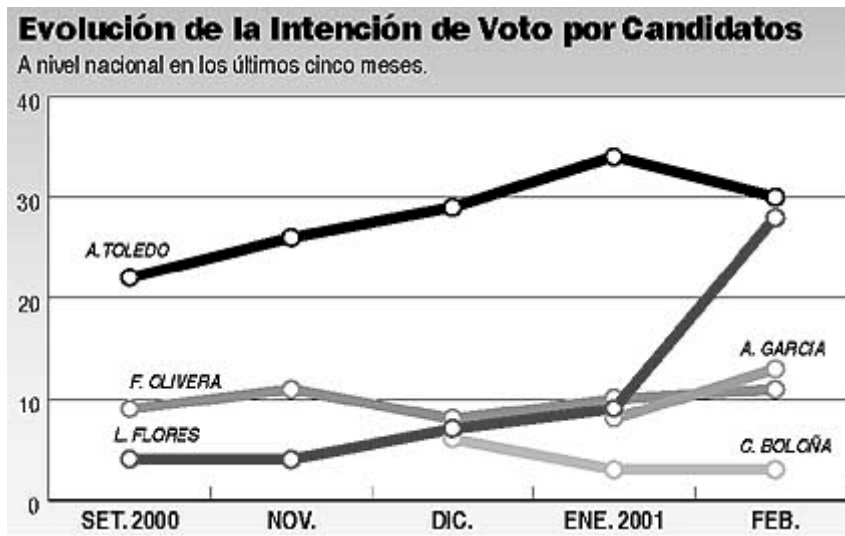
Quelle: El Comercio, 19.2.2001

## La Última Semana

Cinco encuestadoras le toman el pulso a la opinión pública con más de una sorpresa.



Quelle: Caretas, 22.2.2001



Quelle: Caretas, 22.2.2001

# IBERO-ANALYSEN

bisher erschienen:

- Heft 1:** Mario Solórzano: Vorwärts in die Vergangenheit oder rückwärts in die Zukunft? Wahlen zum Ende des Jahrhunderts in Guatemala (Oktober 1999)
- Heft 2:** Raúl Leis: Panama und die Übergabe der Kanalzone. Große Herausforderungen für ein kleines Land (Dezember 1999)
- Heft 3:** Jörg Meyer-Stamer: Über den Verlust von Dekaden und den Verlauf von Lernkurven. Wirtschaftlicher Strukturwandel und die Irrungen und Wirrungen der wirtschaftspolitischen Diskussion in Brasilien (Mai 2000)
- Heft 4:** Raúl Trejo Delarbre: Die neue demokratische Ungewissheit in Mexiko. Ein kurzer Bericht vor den Wahlen (Juni 2000)
- Heft 5:** Jürgen Weller: Lohnarbeit und Beschäftigungsentwicklung im Lateinamerika der 90er Jahre. Erwartungen, Ergebnisse und Perspektiven (September 2000)
- Heft 6:** Alvaro de la Ossa: Der zentralamerikanische Integrationsprozess. Ende einer Entwicklungsalternative (Dezember 2000)
- Heft 7:** Friedrich Welsch / José Vicente Carrasquero: Venezuela unter Chávez: Zwischen demokratischer Revolution und Caudillismo (Januar 2001)
- Heft 8:** Nicolás Lynch Gamero: Peru nach Fujimori. Welche Chance hat die Demokratie? (Februar 2001)



© Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Straße 37,  
10785 Berlin

ISBN 3-935656-02-5